

Ludwig Elm

Pakte mit dem Teufel

Vom Reichskonkordat zum Münchner Abkommen
und zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt
(1933-1939)

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

TEXTE & ARGUMENTE

2015/2

Inhalt

Auftakt 1933/34	2
Über Wien nach München	3
ČSR: Zerschlagung einer Republik	6
Bedrohung und Niederwerfung Polens 1939	10
23. August 1939 – der falsche Gedenktag	14
Fazit	20
Anhang: Zeit- und Kronzeugen zum Münchner Abkommen vom 29. September 1938 und zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939	21
Anmerkungen	22

FAUST: *Die Hölle selbst hat ihre Rechte?
Das find ich gut, da ließe sich ein Pakt,
Und sicher wohl, mit Euch, Ihr Herren, schließen?*

MEPHISTOPHELES: *Was man verspricht, das sollst Du rein genießen,
Dir wird davon nichts abgezackt.*

Johann Wolfgang von Goethe, FAUST. Eine Tragödie

Auftakt 1933/34

Einen Pakt mit dem Teufel zu schließen, nennt zunächst bloß *eine* Seite einer Absprache oder Vereinbarung; diese jedoch mit ziemlicher Bestimmtheit, zumindest in moralischer Hinsicht: Das *Böse* an sich. Es erscheint als zulässig, gelegentlich jener düsteren, schreienden und kriminellen Gestalt, der am 30. Januar 1933 im Deutschen Reich die Kanzlerschaft übertragen wurde, gleichnishaft die Figur des Teufels zuzusprechen. Es sind Attribute wie Menschenverachtung, Gewaltbereitschaft bis zu Zerstörungsdrang und Bestialität, Hass auf Wesenszüge menschlicher Natur und Kultur wie Friedensliebe, Gleichheitsideen, Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber Schwächeren und Bedürftigen, sowie Lug und Trug als Normalität jeglicher Kommunikation. Tritt der Teufel nicht bloß in mystischer Dämmerung, künstlerisch dargeboten oder in eigener Phantasie, sondern in profaner Menschengestalt auf, sind Versuchungen, Verwirrungen sowie Gefahren unterschiedlicher Art und Größe nicht fern. Als Erscheinung der Vergangenheit verliert sich ihm gegenüber das Gefühl akuter oder gar existenzieller Bedrohung. Zugleich gewinnt er als faszinierendes und irritierendes Phänomen der Geschichte an Bedeutung und provoziert Gedankenspiele, es zu bewerten und zu deuten, sowie über den Umgang mit ihm, aber auch über denkbare Wiederkehr oder Nachfolger zu spekulieren und zu schwadronieren.

Herkunft, Charakter und Motive des jeweiligen Partners von Luzifer bleiben zunächst offen. In der Tat kann jemand sich zugunsten einer solchen Liaison von völlig verschiedenen Anlässen und Beweggründen leiten lassen, denen auch sehr verschiedene bis gegensätzliche ethische Beurteilungen zukämen. Das gilt auch für die oben stellvertretend genannten Staaten, die in sehr verschiedenen Situationen und mit spezifischen Interessen und Zielen Verträge, Abkommen, Pakte mit dem Dritten Reich abgeschlossen haben. Sie haben die NS-Diktatur als realen und erheblichen Machtfaktor in Europa wahrgenommen und daraus für ihre Politik Schlüsse abgeleitet. Charakter, Bedeutung und die Tragweite der jeweiligen Vereinbarungen sind differenziert und gelegentlich durchaus vergleichend zu bewerten.

Der Diktator in Berlin brauchte nicht allzu lange auf Offerten und Schritte zu Verträgen verschiedenster Art und Ambition mit ausländischen Mächten zu warten. Am 15. Juli 1933 vereinbarten auf Initiative des italienischen faschistischen Führers, Benito Mussolini, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien, die europäi-

sche Politik auf eine neue Grundlage zu stellen. Inwieweit das, was die gleiche Gruppe reichlich fünf Jahre später in München zur Liquidierung der tschechoslowakischen Republik – ohne und gegen sie – einvernehmlich beschloss, den Vorstellungen von 1933 entsprach, möge anderweitig erörtert werden.

Bereits fünf Tage später, am 20. Juli 1933, wurde in Rom mit dem Vatikan das *Reichskonkordat* abgeschlossen. Der Papst und sein Umfeld hatten sich mit den Diktaturen in Italien und Portugal längst arrangiert und Spanien folgte später ungeachtet der Blutspur Francos. Es beeindruckte in Rom offenbar wenig, dass gerade zwei Wochen zuvor unter dem Druck der Diktatur die sich als erklärt katholisch darstellenden Bayerische Volkspartei (BVP) und Zentrum selbst aufgelöst sowie ihre Mitglieder zur Mitwirkung im *neuen* Deutschen Reich aufgerufen hatten. Es sollte wohl auch vermieden werden, dass ein Defizit an Kommunikation zwischen deutschem Faschismus und globalem, institutionalisiertem Katholizismus entsteht. Es ist aus der Geschichte des Christentums hinlänglich bekannt, dass die kirchlichen Repräsentanten, Lehrmeister und Einrichtungen sehr wohl des Teufels bedürfen, um alle ihre Schäfchen beisammen zu halten – was in sehr unterschiedlicher Weise realisiert wurde und wird: als Indoktrination, furchteinflößende Drohung, berechnende Machtpolitik oder selbst Gewaltanwendung. Auch die dafür in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Bündnissen eingeschlagenen Wege waren hinsichtlich der Methoden, Partner und ethischen Normen nicht eben völlig neu.

Einen langfristig angelegten *Nichtangriffspakt* schloss Polen am 26. Januar 1934 mit Berlin ab. Aus Hitlers Sicht, so H. A. Winkler, „konnte das antikommunistische und antirussische Polen zeitweilig durchaus die Rolle eines Juniorpartners einer gegen Moskau gerichteten deutschen Politik übernehmen: eine Perspektive, die vor 1933 ganz undenkbar gewesen wäre.“¹ Ende Januar 1935 besuchte Hermann Göring Polen. Er nutzte die Gelegenheit, gegen dessen großen östlichen Nachbarn Stimmung zu machen, was aus der Perspektive von 2015 manchen Zeitgenossen als historische Erfahrung nachdenklich stimmen könnte. Dies nicht zuletzt, wenn er den damaligen Ausgang mit bedenkt. Der nazistische Bruch von Bestimmungen des Versailler Vertrags wurde zunehmend selbst in vertraglichen Regelungen legitimiert. Im deutsch-britischen Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 stimmte Großbritannien einer Verstärkung der deutschen Kriegsmarine zu. Zuvor wurde bereits die Vergrößerung des Heeres und bald der Aufbau der Luftwaffe hingenommen.

Über Wien nach München

Die nächsten Jahre zeitigten weitere internationale Abkommen und Pakte, darunter solche, bei denen Hitlers Reich indirekt Pate stand und deren Schicksal im weiteren Verlauf symptomatisch war. Italien, Frankreich und Großbritannien hatten sich am 27. September 1934 in einer Erklärung zum Schutz der Unabhängigkeit Österreichs verpflichtet. Am 7. Januar 1935 vereinbarten Frankreich und Italien, bei deutschem Zugriff auf Österreich sowie Remilitarisierung des Rheinlandes militärisch zu intervenieren. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens beschlossen im

April 1935 auf einer Konferenz in Stresa, sich jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen. Anfang Januar 1936 verließ Italien unter deutschem Druck die Absprache von Stresa und kündigte seine Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs. Großbritannien und Frankreich fanden sich wenig später mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Wehrmacht am 7. März 1936 in das seit dem Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland ab.

Die Sowjetunion vereinbarte am 2. Mai 1935 mit Frankreich eine Allianz und schloss am 16. Mai 1935 einen Beistandspakt mit der Tschechoslowakei. Mitte Juli 1936 begann der spanische Bürgerkrieg. Die antirepublikanischen Falangisten und Putschist Francisco Franco wurden von Deutschland und Italien militärisch massiv unterstützt; Großbritannien und Frankreich entschieden sich – im Gegensatz zur UdSSR – für die als Nichteinmischung deklarierte Preisgabe der Republik Spanien. Spätestens ab Sommer 1937 liefen in Deutschland die Vorbereitungen für bewaffnete Interventionen in Österreich und der ČSR an.

Der aus aristokratischem Milieu stammende Diplomat, Politiker und Journalist, Harold Nicolson, ab 1935 Abgeordneter der *National Labour Party* im Unterhaus, hatte in London persönlichen Kontakt mit zahlreichen führenden Politikern, Diplomaten und Intellektuellen des In- und Auslands. An seine Frau, die Dichterin und Schriftstellerin Victoria Sackville-West, schrieb Nicolson am 25. Februar 1938, dass die Regierung Chamberlain „zur Machtpolitik und zum Feilschen der Vorkriegszeit“ zurückkehre: „Das bedeutet: 1. dass wir Opfer bringen müssen, um uns Deutschlands und Italiens Freundschaft zu erkaufen; 2. dass diese Freundschaft, sobald sie erkauft ist, keinen Heller mehr wert ist; und 3. dass wir damit das Vertrauen Frankreichs, Russlands, der Vereinigten Staaten und aller kleinen Länder preisgeben. Das bekümmert mich schrecklich.“² Am 7. März 1938 war er allein zum Lunch beim Botschafter der UdSSR, I. M. Maiski. Nicolson merkt danach über Chamberlain an: „Der Premierminister ist scharf antirussisch und auch antiamerikanisch. Die Seele dieses Eisenkrämers ist nicht dazu angetan, England zu retten.“³

Neville Henderson, britischer Botschafter 1937 bis 1939 in Berlin, begegnete der Führung des Dritten Reiches wohlwollend und unterstützte vorbehaltlos die Beschwichtigungspolitik Chamberlains gegenüber Hitler, Mussolini und Franco sowie die späteren Schritte zum *Münchener Abkommen*. Der liberale Historiker und Nazi-gegner William E. Dodd, Botschafter der USA in Deutschland 1933-1937, notierte am 2. Juni 1937 in seinem Tagebuch, dass Henderson die deutsch-italienische Aggression in Spanien durchaus gutheiße: „Er hat bereits durchblicken lassen, dass er völlig auf Seiten Francos stehe. Anscheinend ist er sich der Gefahren für England nicht bewusst. Wie es heißt, hat er auch der deutschen Regierung mitgeteilt, dass England keinen Einwand erheben werde, wenn Hitler in Österreich und der Tschechoslowakei einziele.“⁴ In einem späteren Eintrag erinnerte sich Dodd der Rückreise in die Heimat Ende 1937 und vieler Deutscher, besonders Juden, an Bord der „Manhattan“: „Aber an unserem Tisch im Speisesaal saßen mehrere Nazis und Leute, die mit den Nazis sympathisierten, darunter eine Frau aus West-Virginia; sie ist die Gat-

tin des jugoslawischen Gesandten in London. Sie schilderte uns die Lage in London, wo jetzt anscheinend viele Aristokraten zu den Faschisten oder Nazis übergegangen sind.“⁵

Die Tochter des Botschafters, Martha Dodd, hat in ihren Erinnerungen in einem Kapitel das Diplomatische Korps im Berlin jener Jahre und einige seiner Angehörigen in knappen Skizzen vorgestellt. Äußerst kritisch beschrieb sie Henderson. Er „sympathisierte offen mit den Nazis“ und ließ sich von ihnen wie selbstverständlich vereinnahmen. Das geschah „zweifellos auf persönliche Anweisung Chamberlains; als Nachfolger von Phipps bereitete er den Weg für den widerwärtigen, feigen Verrat, den Chamberlain an der westlichen Welt beging.“ Fast „außer sich vor freudiger Erwartung“ sei Henderson im September 1937 zum Parteitag der NSDAP gefahren, war „bald schon dick mit Göring befreundet und lobte bei jeder Gelegenheit die Verdienste der Nazis sowie ihre politische Klugheit“. Ihr antifaschistisch eingestellter Vater „wusste nur allzu gut, dass England hier, vor den verblüfften Augen ganz Berlins, einen ziemlich würdelosen Umschwung vollzog. Falls dies Ribbentrops Wahl war, war es eine gute Wahl.“⁶

Bereits am 24. Juni 1937 hatte Kriegsminister Blomberg in einer Geheimen Weisung die Tschechoslowakei als mögliches Kriegsziel benannt. Hitler bekräftigte dies – neben Österreich – am 5. November 1937 vor den Oberbefehlshabern und dem Außenminister. Den Umtrieben und Provokationen von völkisch-nationalistischen Organisationen und Gruppen der Sudetendeutschen in der ČSR kam nunmehr eine Schlüsselrolle bei der von Goebbels dirigierte politisch-psychologischen Vorbereitung der Intervention zu. Genau zwei Wochen danach schloss Lord Edward F. Halifax – ab Februar 1938 britischer Außenminister – in Berchtesgaden gegenüber Hitler nicht aus, dass Großbritannien *gewaltlose* territoriale Erweiterungen Deutschlands tolerieren könne. Die britische Regierung weigerte sich, die österreichische Unabhängigkeit zu garantieren sowie verbindliche Verpflichtungen gegenüber der ČSR zu übernehmen.

Bald konnte die Weltöffentlichkeit erfahren, dass der *Führer* diese Kapitulationsbereitschaft verstanden und in seine Kalkulationen für die nächsten Schritte einbezogen hatte. Hitler erzwang vom österreichischen Kanzler Kurt Schuschnigg am 12. Februar 1938 das *Berchtesgadener Abkommen*. Die Wehrmacht marschierte am 12. März in Österreich ein und nach dem Rücktritt Schuschniggs übernahm der Nazi Arthur Seyß-Inquart die Regierung. Am folgenden Tag wurde das Gesetz über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verabschiedet und Bundespräsident Wilhelm Miklas trat zurück. Mit der Eingliederung in das Reich begann die Verfolgung, Vertreibung und Flucht der politischen Gegner, Juden und antifaschistischen Emigranten.

Die Zusicherungen Großbritanniens und Frankreichs von 1934/35 zum Schutz Österreichs wurden Makulatur; die faschistisch-militaristische Führung Deutschlands konnte sich in ihren abschätzigen Erwartungen bestätigt sehen. Die strategische Sicherheitslage der benachbarten ČSR verschlechterte sich erheblich. Sehr auf-

schlussreich ist eine kompetente französische Stimme: Robert Coulondre, von 1936 bis 1938 Botschafter Frankreichs in Moskau sowie 1938/39 in Berlin. Er stand während dieser schicksalhaften Jahre in enger Beziehung zur politischen, diplomatischen und militärischen Führung Frankreichs und benannte in seinen 1950 erschienenen Erinnerungen kritisch die Fehleinschätzungen und das Versagen in Paris und London in jener Zeit.

Nach der Annexion Österreichs, bemerkte Coulondre, sei in Moskau beim Diplomatischen Korps nach dem nächsten Opfer gefragt worden und die Blicke hätten sich auf die tschechoslowakische Gesandtschaft gerichtet. Wenige Tage danach habe die sowjetische Regierung eine Konferenz zur Friedenssicherung in Europa vorgeschlagen, die Chamberlain gegen den Rat Churchills ablehnte: „Dieses Märzende 1938 war tatsächlich für den Frieden entscheidend: in diesem Augenblick hätte die Bedrohung Prags durch Deutschland das ganze friedliebende Europa um die Tschechoslowakei scharen können. Indem die Westmächte versuchten, auf Kosten dieses unglücklichen kleinen Volkes die Chancen einer Verständigung mit dem deutschen Reichskanzler auszuschöpfen, haben sie lediglich die Kräfte des Friedens erschöpft. Wieder einmal schlugen sie aus Furcht vor dem Kriege an einer Kreuzung den Weg ein, der zum Kriege führte.“⁷

ČSR: Zerschlagung einer Republik

Die Tschechoslowakei verfügte angesichts zunehmender Aktivitäten sudetendeutscher Nazis und der wachsenden äußeren Spannungen am 20. Mai eine Mobilmachung; sie war bereit, das Land auch militärisch zu verteidigen. Hitler kündigte in einer geheimen Weisung an die Wehrmacht vom 30. Mai die bevorstehende Zerschlagung der ČSR an. Die aus Berlin gesteuerten Hetzkampagnen sowie provokative Forderungen und Aktionen der Sudetendeutschen verschärften die Atmosphäre. Nicolson notierte im Tagebuch am 6. Juni, Chamberlain gehe „nur darauf aus, uns zeitweilig Frieden um den Preis der endgültigen Niederlage zu garantieren. Er möchte Deutschland alles geben, was es augenblicklich fordert, und kann nicht begreifen, dass wir, wenn wir so kapitulieren, weiteren Forderungen nicht mehr widerstehen können.“⁸ Polen und Ungarn nahmen feindliche Positionen gegenüber der ČSR ein und beteiligten sich später mit Landraub daran, sie staatlich-territorial zu liquidieren.

Nunmehr, schrieb Coulondre, war es Chamberlain, „der die Zügel des französisch-britischen Doppelgespanns ergriff und es mit seinen eigenen Händen in den Krieg hineinführte. Die meisten seiner Schritte wurden ohne Befragung, häufig sogar ohne vorherige Unterrichtung der französischen Regierung unternommen“. Dieser ehemalige Industrielle (und Bürgermeister) aus Birmingham habe mit einer „Politik der Mutlosigkeit“ auch die Trumpfkarte der Einbeziehung der UdSSR „nicht angenommen aus Furcht, sie könne dem deutschen Reichskanzler missfallen und ihn von einer Verständigung abhalten“.⁹ In Paris erklärte Coulondre gegenüber Minister Yvon Delbos, es sei notwendiger und vordringlicher denn je, mit der UdSSR in militäri-

sche Besprechungen einzutreten. Später wies er in einem Bericht aus Moskau darauf hin, dass in der Krise um die ČSR „der russische Faktor“ für die Erhaltung des Friedens höchste Bedeutung gewonnen habe. „Während dieses ganzen Frühjahrs 1938 verfolge ich die Politik der UdSSR, beobachte die Haltung ihrer leitenden Männer.“ Er fügte bezüglich des sowjetischen Außenministers hinzu: „In dieser Zeit sehe ich wiederholt Litwinow. Seine Haltung ist in jeder Beziehung befriedigend.“ Litwinow habe auch ihm gegenüber die Bereitschaft seines Landes bestätigt, gegenüber der ČSR zu den eingegangenen Verpflichtungen zu stehen.¹⁰

Eine dokumentarische Bestätigung der sowjetischen Positionen finden sich in einem als *Geheim* eingestuften „Elaborat“ des Außenministeriums in Prag vom 14. August 1938: „Erklärungen und Kundgebungen Frankreichs, Englands und Sowjetrusslands über die Militärhilfe für die Tschechoslowakei. Der Standpunkt Polens und der USA“. Darin finden sich unter „Sowjetrussland“ als Vorgänge und Texte u.a.: Litwinow am 15. März 1938 gegenüber Botschafter Zdenek Fierlinger und vor Journalisten sowie am 17. März vor Journalisten, denen eine Initiative für eine Konferenz zu Sicherung des Friedens vorgestellt wurde; Litwinow in Genf im Mai mit Bonnet und Halifax; Versicherung der Bündnistreue gegenüber Präsident Beneš im Mai; Litwinow in einer Rede am 23. Juni.¹¹

Der tschechoslowakische Gesandte in Paris, Stefan Osuský, teilte dem Außenministerium in Prag am 13. Juni 1938 mit, dass Minister Georges Bonnet „auf Verlangen des englischen Botschafters den Lord Noel Buxton und den Abgeordneten Riley empfangen habe, welche ihm mit der Landkarte in der Hand ausführten, welche Sudetengebiete an Deutschland abgetreten werden sollen. Bonnet antwortete ihnen darauf, dass er über solche Dinge mit ihnen überhaupt nicht verhandeln werde und ersuchte sie, nach Frankreich nicht mit einer solchen Sache zu kommen.“¹² Die Episode signalisiert, dass Chamberlain und seine Gesinnungsfreunde die finale Runde der Kapitulation auf Kosten der ČSR, einer der letzten bürgerlich-parlamentarischen Republiken in Europa, einleiteten.

Nicolson hatte – am 22. August wiederum allein bei Maiski zum Lunch – gefragt, was Russland täte, wenn Deutschland zum Schwarzen Meer dränge. Der Botschafter erwiderte, „Russland habe keine Sympathien für die halb-faschistischen Regime auf dem Balkan und sei bezüglich der westlichen Demokratien gründlich desillusioniert. Wenn wir und Frankreich für die Tschechen in den Krieg zögen, so würde Russland helfen. Ließen wir die Tschechoslowakei fallen, so würde Russland isolationistisch werden.“¹³ Ein Gespräch mit Anthony Eden, der Churchills Positionen nahestand, am 19. September bestärkte Nicolson in seiner Skepsis gegenüber der kapitulantenhaften Politik Chamberlains.

Aus London informierte der Gesandte Hubert Masaryk das Prager Außenministerium am 5. September, dass der Chefredakteur der „Times“, Dawson, für die Regierung ein Memorandum ausgearbeitet habe: „Er schlägt die Abtretung des deutschen Gebietes gegen eine definitive Garantie Englands vor. Er werde darüber morgen mit Halifax verhandeln. Daraus könnte eine Schwierigkeit werden.“¹⁴ Am 7. September

erschien in der „Times“ ein Leitartikel, der die Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland als besten Ausweg bezeichnete. Bereits am 14. September übermittelte Masaryk „Nur für Herrn Präsidenten Beneš“ von einem hohen Diplomaten Londons die Bitte, „ihr möget über eine durch die Großmächte garantierte Neutralisation nach Abtretung eines Teils des Landes an Deutschland nachdenken. Er machte diesen Vorschlag heute den Franzosen und wird mit ihm bei der Regierung hausieren gehen. Ich habe versichert, dass wir gar kein Vertrauen zu irgendwelchen Garantien Hitlers hätten“.¹⁵

Chamberlain setzte die Anbietung an Nazideutschland bis zur Abtretung der Sudetengebiete erpresserisch gegen den erklärten Willen der tschechoslowakischen Repräsentanten und der hinter ihnen stehenden Mehrheit der Bevölkerung fort. Er reiste zu Treffen mit Hitler am 15. September in Berchtesgaden und vom 22. bis 24. September in Bad Godesberg. Die Bereitschaft der britischen Regierung zur prinzipienlosen Preisgabe der Lebensinteressen Dritter gegen Zugeständnisse für die Zukunft des Empire wurde offenkundig und auch in Berlin bemerkt und genutzt.

Die Ministerpräsidenten Großbritanniens und Frankreichs, Chamberlain und Daladier, trafen am 29. und 30. September 1938 in München mit den Diktatoren Hitler und Mussolini zusammen. Diese vier Mächte beschließen das *Münchener Abkommen*, demzufolge die dafür bestimmten Sudetengebiete ab 1. Oktober 1938 an Deutschland abzutreten sind. Die ČSR, deren Untergang damit eingeleitet wurde, sowie die in Übereinstimmung mit ihren Beistandsverpflichtungen zu ihrer Verteidigung bereite Sowjetunion, waren nicht eingeladen worden. Botschafter Masaryk leitete die tschechoslowakische Beobachtergruppe auf der Münchner Konferenz, die verspätet eintraf und bald – wie er nach Prag berichtete – erfuhr, „dass die englische Abordnung dem neuen deutschen Plan günstig sei.“ Die französische Delegation ließ sie wissen, „dass die 4 Staatsmänner nicht viel Zeit hätten“ und „dass keine Antwort mehr von unserer Seite erwartet werde, dass sie den Plan als angenommen ansehen“. Die Prager Regierung solle bis 17.00 Uhr ihre Vertreter zur Tagung der eingesetzten Kommission nach Berlin schicken.¹⁶ Zwei Tage später, ab 1. Oktober, marschierte die Wehrmacht in die ČSR ein und besetzte das abzutretende Gebiet.

Das Kapitel „Die Tragödie von München“ zum September 1938 leitete Churchill mit einem Zitat aus der „warnenden Erklärung“ Litwinows vor dem Völkerbund am 21. September 1938 ein. Darin sei die Bereitschaft der UdSSR zum Beistand für die bedrohte Tschechoslowakei bekräftigt worden. Mit Blick auf das wenige Tage später geschlossene *Münchener Abkommen* fügt er an: „Diese öffentliche und unbedingte Erklärung einer der größten an der Frage beteiligten Mächte spielte keine Rolle in Chamberlains Verhandlungen oder in Frankreichs Verhalten. Das Angebot Russlands wurde einfach übergangen. Man warf die Macht der Sowjets nicht in die Waagschale gegen Hitler und behandelte die Russen mit einer Gleichgültigkeit – um nicht zu sagen Verachtung –, die in Stalins Einstellung ihre Spuren zurückließ. Die Ereignisse nahmen ihren Lauf, als ob Russland nicht existierte. Dafür mussten wir später teuer bezahlen.“¹⁷

Michael Köhlmeier schildert in seinem romanhaft-zeitgeschichtlichem Buch über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Chaplin und Churchill Intrigen in den USA und Großbritannien gegen Chaplins satirischen Hitlerfilm „The Great Dictator“: Nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens durch Chamberlain „war die britische Politik ängstlich und peinlich darauf bedacht, Hitler nicht zu reizen, hatten die Zugeständnisse doch nur einen Zweck: die Bestie satt zu halten und Zeit zu gewinnen.“¹⁸ In den USA kamen Anfeindungen vor allem von Blättern des Medienmonopolisten William Randolph Hearst. Es gab – auch aus weiteren Ländern – Drohbriefe, Forderungen nach Aufführungsverbot und entsprechende Aktivitäten von Politikern und Behörden. Eine Quelle meldete, Präsident Roosevelt habe Chaplin versichert, dass er die Aufführung des Films in den USA gewährleisten würde.

Der mit der Familie von Konrad Adenauer verbundene Kunsthistoriker Josef Busley hatte am 20. März 1938 in seinem Tagebuch notiert: „Auch Adenauer ist sehr erfreut über das Gelingen des Anschlusses Österreichs!! – Er bezeichnet ihn als ganz großen Erfolg Hitler’s, den man rückhaltlos anerkennen und bewundern müsse.“¹⁹ Wenige Wochen nach *München* trug Busley nach einem Besuch bei Adenauer in Rhöndorf ein: „Auch er beurteilt wie wir die Lage! – Gewaltige Erfolge Hitlers für die Geschichte Deutschlands! – Zerschlagen des Versailler Vertrages ... – Aber völliges Versagen von Paris und London, die Hitler’s Vorsprung nicht mehr so leicht einholen können.“²⁰ Der spätere Bundeskanzler war 1938/39 unfähig oder nicht gewillt, die verhängnisvolle Perspektive zu erfassen, die sich aus den beginnenden Eroberungen der NS-Diktatur ergab.

Schon „das Wort ‚München‘ sollte für Generationen im politischen Diskurs des Westens zum Synonym für feigen Rückzug werden“, schrieb Eric Hobsbawm: Mit der „Schande von München“ habe man Hitler aus Angst vor dem Krieg einen billigen Triumph verschafft.²¹ Im Unterschied zu Tschechien und anderen Ländern wird das *Münchner Abkommen* vom 29. September 1938 von der Bundesrepublik bis heute nicht als *ex tunc*, als ungültig von Anbeginn, angesehen. Möglicherweise auch deshalb, weil neben dem eigenen Vorgängerstaat drei spätere Kernstaaten der NATO und enge Verbündete zu den Unterzeichnern gehörten und ihr damaliger Verrat an Bündnispflichten, am Völkerrecht sowie an europäischer Friedenssicherung geschichtsnotorisch wurde. In den von den Unionsparteien protegierten sowie mit ihnen personell, politisch und ideologisch liierten Vertriebenenverbänden lebte über Jahrzehnte die Symbiose von verdrängter Nazivergangenheit und friedensfeindlichem Revanchismus bis zu rechtsextremistischen Ausläufern und Umtrieben fort. Ein beredtes Zeugnis sind die Erinnerungen des ehemaligen sudetendeutschen NS-Journalisten, späteren Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des rechtsextremen Witiko-Bundes sowie MdB (auf CSU-Ticket) Walter Becher. Noch 1990 sieht er im *Münchner Abkommen* die überfällige Korrektur der „Fehler von 1918/19“, erinnert sich an das anlässlich der „Befreiung“ am 3. Oktober 1938 „reichbeflaggte Karlsbad“ sowie an den Beginn im „Provisorium der neugewonne-

nen Freiheit“. Den Präsidenten der ČSR, Eduard Beneš, bedenkt er mit Verbalinjuri-
en, die aus seiner Zeit als Nazipublizist stammen könnten.²²

Bedrohung und Niederwerfung Polens 1939

Mitte März 1939 okkupierte Deutschland die verbliebene ČSR und spaltete die Slo-
wakei als formal eigenständig, faktisch deutschen Vasallenstaat ab. Chamberlain er-
klärte am 15. März, dass mit dem Ende des Staates, dessen Grenzen zu schützen
Großbritannien sich verpflichtet hatte, „die Regierung seiner Majestät nicht mehr an
diese Verpflichtung gebunden“ sei. Der dreiste Bruch des *Münchner Abkommens*
offenbarte die Fehleinschätzungen der Politik Chamberlains und näherte Europa
dem nächsten Krieg. Die Wehrmacht besetzte am 23. März das litauische Memelge-
biet.

Damit zeichnete sich nach der Inbesitznahme Österreichs und der ČSR die akute
Bedrohung Polens ab. Die politische und militärische Führung Deutschlands besaß
nunmehr dafür wesentlich verbesserte strategische Ausgangspositionen. In Großbri-
tannien begannen Debatten um die Solidarisierung mit Polen. Es erneuerte die Ga-
rantieerklärung für Polen, blieb jedoch untätig gegenüber der Besetzung Albanien
durch Italien am 7. April. Großbritannien und Frankreich schlossen im April/Mai
1939 Beistandspakte mit Polen ab. Ein weiterer schwerer Fehler sei begangen wor-
den, bemerkte Coulonde, „als Großbritannien Polen das Garantieverprechen gab,
ohne sich vorher der Unterstützung durch die UdSSR zu versichern. Von diesem
Augenblick an war Russland endgültig für uns verloren.“²³

„Schon am 3. April 1939 – fünf Monate vor Unterzeichnung des deutsch-sowje-
tischen Nichtangriffspaktes – entschied die Naziführung, dass der Krieg gegen Polen
(„Fall Weiß“) bis spätestens 1. September 1939 begonnen wird; auch dann, wenn es
zu einem Krieg mit Frankreich und Großbritannien kommen würde“. Karl-Heinz
Gräfe zitiert dazu aus den Befehlen der Wehrmacht; das Dokument wurde am
11. April von Hitler unterschrieben.²⁴ Gräfe setzt fort mit der Rede Hitlers vor Mili-
tärs am 22. August auf dem Obersalzberg, in der er die rücksichtslose Vernichtung
Polens als eigentliches Ziel des bevorstehenden Überfalls nannte.

Nicolson hatte am 15. November 1937 in seinem Tagebuch notiert, dass er nach ei-
ner Unterhaus-Sitzung „im Rauchzimmer eine lange Unterhaltung mit Winston“ hat-
te. Churchill äußerte, „dass Deutschlands Luftwaffe etwas stärker sei als die franzö-
sischen und britischen Luftstreitkräfte zusammen. Rechnet man dazu die italienische
Luftwaffe, die von hervorragender Schlagkraft sei, so sind wir in der Tat nicht im-
stande, ohne sehr aktiven russischen Beistand Krieg zu machen. Er ist sehr ruhig,
vernünftig und nüchtern.“²⁵ Der frühere Marineminister (1911-1915) und Rüs-
tungsminister (1917-1919) bezog die Sowjetunion bereits zu diesem Zeitpunkt in
militärstrategische Überlegungen als potentiellen, gar notwendigen Verbündeten ein.
Nach der Sitzung des Unterhauses am 3. April 1939 gab es eine von Nicolson er-
wähnte Episode: „Ich werde von Winston gepackt und zusammen mit Maiski und
Lloyd George in das untere Rauchzimmer geführt. Winston wählt den direkten An-

griff. „Nun hören Sie mal zu, Herr Botschafter. Wenn wir mit dieser neuen Politik Erfolg haben sollen, brauchen wir Russlands Hilfe. Nun habe ich für Ihr System nichts übrig, hab' ich noch nie gehabt, aber den Polen und Rumänen gefällt es noch weniger. Vielleicht wären sie äußerstenfalls bereit, euch hineinzulassen, aber sie würden bestimmt eine Zusicherung verlangen, dass ihr schließlich wieder hinausgeht. Können Sie uns eine solche Zusicherung geben?“²⁶ Unzweifelhaft hätte die Sowjetunion diese Zusicherung – auch mit internationalen Garantien – im Fall entsprechender Vereinbarungen gegeben.

„Wenn man bedenkt“, schrieb Churchill im Kapitel „Am Rande des Abgrunds“, „wie die Sowjetregierung bisher behandelt worden war, konnte jetzt nicht viel von ihr erwartet werden. Am 16. April machte sie dennoch ein formelles Angebot, dessen Text nicht veröffentlicht wurde, für die Schaffung einer gemeinsamen Front zu gegenseitiger Hilfeleistung zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR. Die drei Mächte, wenn möglich mit Teilnahme Polens, sollten außerdem die Grenzen derjenigen Staaten in Mittel- und Osteuropa garantieren, die von der deutschen Aggression bedroht waren.“²⁷ Churchill äußerte, dass das Bündnis von England, Frankreich und Russland im Jahre 1939 Deutschland beunruhigt hätte und niemand könne beweisen, dass der Krieg sich nicht noch hätte verhüten lassen. Mit überlegener Macht hätten die Alliierten den nächsten Schritt unternehmen können. Statt britischer (und französischer) Zustimmung seien jedoch langes Schweigen und Halbheiten gefolgt.

Nicolson notierte am 18. Juli „das Gefühl, es werde wegen Danzig ein neues München geben und Chamberlain werde dann wieder als Großbeschwichtiger auftreten.“²⁸ Zwei Tage später konnte er sich im Gespräch mit Maiski bestätigt sehen, der sagte, „dass Chamberlain in der Danzigfrage ein Kompromiss zu erreichen hoffe; wenn er das kriege, werde er die russischen Verhandlungen einschlafen lassen.“ Er habe den Eindruck, dass die britische Regierung dabei nicht ernstlich einen Erfolg wolle.²⁹ Die von Maiski detailliert geschilderten Militärverhandlungen in Moskau, die Großbritannien und Frankreich als zweitrangig und keineswegs zügig betrieben, wurden Mitte August 1939 ergebnislos beendet.

Churchill schrieb: „Durch München und vieles andere war die Sowjetregierung davon überzeugt, dass England und Frankreich nicht kämpfen wollten, bevor man sie angriff, und dass sie auch dann nicht viel taugen würden. Der aufziehende Sturm war im Begriff loszubrechen. Russland musste für seine Sicherheit sorgen.“³⁰ Der Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes am 23. August 1939 stellte, ihm zufolge, „den Höhepunkt der diplomatischen Misserfolge dar, welche die britische und französische Außenpolitik seit mehreren Jahren verzeichnet hatten.“ Die territorialen Vorentscheidungen der Sowjetunion nannte Churchill für sie „lebenswichtig“ und „kaltblütig“, „jedenfalls damals auch im höchsten Maße realistisch.“³¹ Neben dem östlichen Polen betraf dies auch die baltischen Staaten, deren widerspruchsvolles Schicksal vom Ersten Weltkrieg bis zum Ausblick in die Gegenwart von Karl-Heinz Gräfe differenziert dargestellt wurde. Den Ereignissen von 1939/41 kommt dabei

eine Schlüsselrolle zu.³² Churchill konnte sich nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 in seinem Urteil bestätigt sehen.

Die westlichen Regierungen, schrieb E. Hobsbawm, zögerten „sogar 1938/39 noch“, mit „dem roten Staat in Verhandlungen einzutreten“. „Und die daraus resultierenden Ängste Stalins (der seit 1934 der entschiedenste Verfechter einer Allianz mit dem Westen gegen Hitler war), nämlich bei einer Konfrontation mit Hitler allein gelassen zu werden, sollten ihn schließlich im August 1939 zum Pakt mit Hitler treiben.“ Schließlich habe der Zweite Weltkrieg gezeigt, „dass es nur eine einzige wirkungsvolle antifaschistische Allianz geben konnte: jene, welche die Sowjetunion einschloss.“³³

Harold L. Ickes, Innenminister der USA, notierte am 26. August 1939 zum deutsch-sowjetischen Pakt: „Es ist eine schreckliche Situation, aber ich finde es schwierig, Russland zu tadeln. Wie ich es sehe, ist Chamberlain allein schuld. Ich habe keinen Zweifel, dass England vor Monaten oder selbst Jahren ein zufriedenstellendes Abkommen mit Russland hätte haben können. Russland war bereit, England und Frankreich die Hand zu reichen, um für die Tschechoslowakei zu kämpfen ... Die jetzige Situation ist das direkte Resultat der britischen Diplomatie von John Simon über Baldwin zu Chamberlain.“³⁴ Zwei Tage zuvor hatte der liberale Abgeordnete Geoffrey Le M. Mander im britischen Unterhaus gefragt: „Nimmt irgend jemand an, dass wir Russland jetzt nicht auf unserer Seite haben würden, wenn man (Anthony Eden) vor zwei Monaten nach Moskau geschickt hätte?“ Er hoffe, es sei noch nicht zu spät für einen solchen Schritt.³⁵ Es war zu spät.

Die sowjetischen Entscheidungen in Europa berührten auch ihre Sicherheitspolitik im asiatischen Raum. Im August 1939 kämpften Truppen der Sowjetunion und der Mongolischen Volksrepublik am Chalchin Gol gegen japanische Aggressoren. Der Pakt vom 23. August konnte Japan als Verbündeten Nazideutschlands nicht gleichgültig sein. Tatsächlich kam es bald zum Waffenstillstand sowie am 13. April 1941 zu einem Neutralitätspakt mit Japan; der UdSSR blieb ein Zweifrontenkrieg in Europa *und* Asien erspart. Deutschland und die Sowjetunion schlossen nach der vollständigen Besetzung Polens, dem Ende seiner Eigenstaatlichkeit und bisherigen territorialen Integrität, am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag in dem die vorläufigen Absprachen im Geheimabkommen über Interessensphären und Grenzen präzisiert und verbindlich festgeschrieben wurden.

Der Geschichtsstudent Walter Markov erlebte als im Zuchthaus Siegburg inhaftierter Kommunist jene Ereignisse und die Irritation älterer Genossen. Er äußerte gegen Ende des Jahrhunderts: „Aber heiligt der Zweck nicht eben doch manchmal die Mittel? Ich habe den Pakt (dessen geheimes Zusatzprotokoll wir allerdings nicht kannten) als realpolitisch richtig anerkannt (und tue das in der neuentfachten Diskussion noch heute).“³⁶ In der Tat: Der faschistische Überfall auf Polen hätte in jenen Tagen auch ohne den Pakt stattgefunden. Hitler hatte weder eine ernstzunehmende französisch-britische militärische Reaktion, noch eine solche von sowjetischer Seite zu befürchten. Mit der unvermeidbaren Niederlage Polens hätte dem Aggressor ein viel

größeres Aufmarschgebiet für den späteren Angriff auf die Sowjetunion, obendrein sehr viel weiter östlich, näher an einige ihrer bedeutendsten Städte und industriellen Zentren reichend, zur Verfügung gestanden. Coulondre sah in seinen Erinnerungen keinen Anlass, das Einrücken sowjetischer Streitkräfte am 17. September 1939 ins bisherige Ostpolen auch nur zu erwähnen. Es war für ihn ein der nazistischen Aggression und der Niederlage Polens nachgeordneter Vorgang.

Franz Dahlems Erinnerungen bilden aus der Perspektive des antifaschistischen Kampfes der KPD, insbesondere ihrer Emigranten in Frankreich, ebenfalls einen reich dokumentierten und informativen Zeitzeugenbeitrag. Das gilt für die detailliert beschriebene Widerstandsarbeit sowie ihre Bedingungen, Akteure, Partner und Gegner, umfasst aber auch den Blick und die Positionen hinsichtlich der hauptsächlich europäischen Machtzentren und deren Rolle.³⁷

Wenige Tage nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes, am 28. August 1939, erklärte der britische Botschafter im Gespräch mit Ribbentrop, „Chamberlain könne das Land auf seine Seite bringen, wenn er eine Politik der Freundschaft gegenüber Deutschland betriebe, ja selbst wenn es zu einer Allianz zwischen beiden Ländern käme.“³⁸ Noch am 31. August 1939 versuchte Henderson, Polen zum Nachgeben gegenüber den deutschen Erpressungen und zur Annahme von Hitlers Ultimatum zu bewegen. Die früheren wie die unmittelbar nach München vor allem an Großbritannien gerichteten Offerten Hitlers konnten führenden Politikern der Sowjetunion ebenso wenig entgehen wie die Neigungen einflussreicher, borniert antisowjetischer Gruppen der britischen Oberschicht im Sinne solcher Optionen. Bezogen auf die Situation nach der Niederwerfung und Kapitulation Frankreichs im Juni 1940, schrieb Churchill rückblickend, dass Hitler zweifellos interessiert war, den Krieg im Westen zu beenden, dafür Großbritannien „die verlockendsten Bedingungen anzubieten“ und „einen Frieden zu schließen, der ihm jene freie Bahn im Osten sicherte, von der Ribbentrop im Jahre 1937 zu mir gesprochen hatte und der Hitlers sehnlichster Wunsch galt.“³⁹

Churchill wurde als britischer Premierminister ab 10. Mai 1940 neben Roosevelt und Stalin einer der Großen Drei der Antihitlerkoalition. Er sandte am 8. und 10. Juli 1941 erste persönliche Botschaften an Stalin. Dieser dankte dieser am 18. Juli dafür, da sie „den Grundstein für die Übereinstimmung zwischen unseren beiden Ländern gelegt“ haben. Bemerkungen zur angespannten Lage der sowjetischen Truppen an der Front fügte Stalin hinzu: „Man kann sich leicht vorstellen, um wieviel günstiger die Lage der deutschen Truppen wäre, wenn die sowjetischen Streitkräfte diesen Angriff nicht längs der Linie Kischinjaw – Lwow – Brest – Bialystok – Kaunas und Wyborg, sondern entlang der Linie Odessa – Kamenez – Podolsk – Minsk und in der Umgebung von Leningrad hätten abwehren müssen.“⁴⁰ Dazu erwiderte Churchill am 21. Juli: „Ich verstehe vollkommen den militärischen Vorteil, den Sie dadurch gewonnen haben, dass sie den Feind zwangen, an den vorgerückten westlichen Grenzen aufzumarschieren und dort die Kampfhandlungen zu beginnen, denn dadurch wurde die Kraft seines ersten Schlages etwas abgeschwächt.“⁴¹ Bereits zwei

Tage nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion, am 24. Juni, hatte Präsident Roosevelt öffentlich erklärt, dass die UdSSR von den USA unterstützt werde. Später erinnerte sich Churchill an die erste Begegnung und seine Gedanken, während er im August 1942 von Kairo über Teheran nach Moskau flog: „Ich begann über meine Mission in diesem trotzigen, finsternen Bolschewistenstaat nachzugrübeln. Einstens hatte ich mich so sehr bemüht, ihn schon bei der Geburt abzuwürgen, und bis zum Auftreten Hitlers hatte ich ihn als Todfeind jeder freiheitlichen Zivilisation betrachtet.“⁴² Am Abend des Ankunftstages, am 12. August, traf er im Kreml „zum erstenmal den großen Revolutionshüptling und unergründlichen russischen Staats- und Kriegsmann, mit dem ich während der nächsten drei Jahre in enger, aufreibender, stets spannender, manchmal aber sogar liebenswürdiger Föhlung stehen sollte.“⁴³

23. August 1939 – der falsche Gedenktag

Der „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939 ist längst ein bevorzugter Einstieg für Geschichtsrevisionismus und nicht zuletzt jene, die das *Münchener Abkommen* keinesfalls – um die Hauptakteure zu benennen – als „Hitler-Chamberlain-Vertrag“ zu bezeichnen geneigt wären. Er ist exemplarisch für den Umgang mit Schuldfragen beim Kriegsausbruch am 1. September 1939 und ihm ist eine Schlüsselrolle für Desorientierungen in der Erinnerungs- und Gedenkkultur zugekommen. Ihn plakativ hervorzuheben, suggeriert, dass er als Pakt mit Hitlerdeutschland geradezu ein singuläres Ereignis darstelle und angesichts des sowjetischen Partners obendrein als verwerflich, zumindest fragwürdig, anzusehen wäre.

Das Europäische Parlament rief am 23. September 2008 den 23. August zum „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ aus. Die Widmung ist angesichts der Vorgeschichte, des Verlaufs und der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges desorientierend; im Hinblick auf die Opfer, den Widerstand und die Befreier vom Faschismus ist sie verleumderisch und beleidigend. Das gleiche Gremium nahm am 2. April 2009 die Entschließung „Europas Gewissen und der Totalitarismus“ an und bestätigte darin den 23. August als „europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“. Nun wurde *Faschismus* (oder *Nationalsozialismus*) schon gar nicht mehr genannt. In der von der Stiftung SED-Diktatur seit Herbst 2013 im In- und Ausland präsentierten Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ heißt es zu jenem Pakt: „Die Annäherung der Diktatoren ebnete den Weg in den Krieg.“

2013 erschien in Prag als „Erinnerung an den Totalitarismus in Europa“ ein „Lesebuch für Schüler höherer Klassen überall in Europa“. Es wurde finanziell vom „Programm für Bürgerinnen und Bürger“ der Europäischen Union unterstützt. Der Sammelband enthält Beiträge aus 16 europäischen Ländern, in denen individuelle Schicksale der Verfolgung und des Widerstandes sowohl unter NS-Besatzung als auch im Staatssozialismus geschildert werden. Das Leitmotiv ist, beide politische

Systeme zu parallelisieren und im Urteil zu nivellieren, um das geschichtsideologische Hauptanliegen umzusetzen. Einführend schrieb der französische Historiker Stéphane Courtois, dass erst 1939 „der faschistische und der nationalsozialistische Diktator das ganze verbrecherische Ausmaß ihrer totalitären Natur“ erkennen ließen: „Es war das Bündnis zwischen Hitler und Stalin vom August/September des Jahres 1939, das den Zweiten Weltkrieg auslöste und das zu der zweiten großen europäischen Tragödie im 20. Jahrhundert führte, welche die erste in jeder Hinsicht in den Schatten stellte.“⁴⁴

Courtois war Ende der neunziger Jahre als militanter Autor des „Schwarzbuch des Kommunismus“ international bekannt geworden. Damals schrieb er: „Der Vertrag vom 23. August, der Deutschland der Gefahr eines Zweifrontenkrieges enthob, löste den Zweiten Weltkrieg aus.“⁴⁵ Er unterschlug, dass mit dem Kriegszustand Großbritanniens und Frankreichs mit Deutschland ab 3. September 1939 durchaus eine *zweite Front* entstanden war. Er nutzt für seine Darstellung die Passivität der Westmächte, dank der diese Westfront bis zum Überfall der Wehrmacht auf Nord- und Westeuropa im April/Mai 1940 kaum bemerkt wurde.

Der russische Präsident Putin rehabilitiere „das Bündnis zwischen Hitler und Stalin“, mit dem einst der Zweite Weltkrieg begonnen habe, schrieb Timothy Snyder, Geschichtspräsident an der Yale University, New Haven, Connecticut/USA, Ende 2014: „Die Bedeutung dieses Bündnisses für die Geschichte des 20. Jahrhunderts kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Es versetzte Hitler in die Lage, mit sowjetischer Hilfe einen Angriffskrieg gegen Polen zu führen. Damit steht der Pakt am Anfang aller nachfolgenden Tragödien, in Polen und anderswo.“⁴⁶ Die hohe Bewertung der historischen Tragweite des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der UdSSR (mit geheimen Zusatzabkommen) vom 23. August 1939 durch Snyder fällt ebenso auf wie der Eifer der FAZ als tonangebender Tageszeitung der Bundesrepublik, den umfänglichen Beitrag unter der Überschrift „Als Stalin Hitlers Verbündeter war“ zustimmend zu publizieren.

Einige Einzelaussagen Snyders seien näher betrachtet: Wenn ein Nichtangriffspakt als „Bündnis“ gilt, dann hat Polen von 1934 bis 1939 ein Bündnis mit Nazideutschland gehabt. Weiter: Einen „Angriffskrieg gegen Polen zu führen“, hatte die faschistische Führung längst beschlossen. Die detaillierte militärische Planung dafür erfolgte spätestens nach der Einverleibung Österreichs im März 1938 sowie der mit Beihilfe Großbritanniens, Frankreichs und Italiens erfolgten Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39. Weder separate Entscheidungen der Westmächte noch der sowjetischen Führung hätten dies ab Frühsommer 1939 noch verhindern können. Die akute Bedrohung Polens wurde längst europaweit wahrgenommen, auch wenn die internen militärischen Planungen und Vorentscheidungen geheim blieben. Alle direkt und indirekt betroffenen Mächte hatten sich auf diese akute Gefahr einzustellen, falls kein wirksames Militärbündnis zumindest von Großbritannien, Frankreich und der UdSSR mehr zustande käme.

Es ist völlig abwegig, dass Snyder den 1. September 1939 aus der Vorgeschichte von einer reichlichen Woche zu erklären sucht. Am „Anfang aller nachfolgenden Tragödien“ stand nicht der 23. August 1939, sondern alles, was ihm als Beschwichtigung des potentiellen Aggressors seit 1933/34 vorausgegangen oder an notwendigen Gegenmaßnahmen unterlassen worden war. Es ist das, was Hitler ermunterte, mit der forcierten Hochrüstung und wachsender militärischer Schlagkraft schrittweise zu Aggressionen und Annexionen überzugehen. Zum tatsächlichen „Anfang“ gehört die westliche Hinnahme des nazistischen Bruchs von Bestimmungen des Versailler Vertrags wie die Rheinlandbesetzung und die verstärkte Flottenrüstung. Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs in den spanischen Bürgerkrieg gab die Republik zugunsten Francos, Hitlers und Mussolinis preis. Das *Münchener Abkommen* vom 29. September 1938 vereinbarten Regierungschefs von Großbritannien und Frankreich mit Hitler und Mussolini; die existenziell betroffene Tschechoslowakei und die zu ihrer Unterstützung bereite Sowjetunion wurden gar nicht erst eingeladen. Es öffnete den direkten Weg zur völligen Zerschlagung der ČSR und der unmittelbaren Vorbereitung des Überfalls auf Polen.

Die jahrelangen Initiativen der UdSSR zugunsten eines Systems der kollektiven Sicherheit, dessen Kern ein politisch-militärisches Bündnis mit Großbritannien und Frankreich, möglichst auch Polen, sein sollte, scheiterten Mitte August 1939 an Fehleinschätzungen, Vorbehalten und Entscheidungsschwäche in London, Paris und Warschau. Snyder trat inzwischen mit weiteren abenteuerlichen Konstruktionen hervor, die heutigen antirussischen Strategien dienstbar sind. Sie wurden wiederum umgehend für deutschsprachige Leser übernommen und verbreitet: Mitte der 1930er Jahre wären „Nationalsozialismus oder Bolschewismus“ die neokolonialistischen Modelle gewesen, die Europa oder gar die ganze Welt herausgefordert hätten. Die europäische Zwischenkriegsordnung sei zwischen 1938 und 1941 vernichtet worden – „als Folge der deutschen und der sowjetischen Politik und – nach dem Hitler-Stalin-Pakt – als Folge einer gemeinsamen deutsch-sowjetischen Politik“.⁴⁷

Namhafte Autoren bundesdeutscher Geschichtsschreibung hatten längst primär anti-sowjetische Deutungen jener dramatischen Phase der europäischen Politik in den Wochen und Tagen vor Kriegsbeginn vorgelegt. H. A. Winkler bot in seinem Werk „Deutsche Geschichte 1933-1990“ eine Interpretation, die die Zwiespältigkeit und Inkonsequenz der beiden führenden westeuropäischen Länder ebenso wie das von ihnen ungenügend erwiderte sowjetische Bemühen um belastungsfähige Koalitionen gegen Hitlerdeutschland marginalisierte. „Der Pakt lud Hitler zum Angriff auf Polen förmlich ein – eine Perspektive, die Stalin nicht abschreckte.“⁴⁸ Winkler sprach als Gastredner am 8. Mai 2015 im Deutschen Bundestag von „der deutsch-sowjetischen Doppelaggression im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes“. Friedrich Schmidt, Korrespondent für Russland und die GUS, polemisierte am 14. Mai 2015 in faz.net gegen Aussagen Putins zum Pakt von 1939, schrieb in einem Atemzug von den „Dimensionen der Verbrechen Hitlers und Stalins“ und verkündete forsch: „Der ‚Nichtan-

griffspakt‘ war ein Kriegspakt.“ Kritische Bemerkungen zur damaligen polnischen Politik seien „obszön“.

In einer Gedenkstunde des Bundestages am 10. September 2014 aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs hatte Bundestagspräsident N. Lammert geäußert: „Dem deutschen Überfall war ein diplomatisches Schurkenstück vorausgegangen: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt“, ein „Angriffspakt zweier ideologischer Antipoden“, die sich „darauf verständigt hatten, Mitteleuropa mit imperialistischer Brutalität in Einflussphären untereinander aufzuteilen“.⁴⁹ Ohne die Leistungen und Opfer der Roten Armee bei der Befreiung Polens in seiner Rede zu erwähnen, resümierte Lammert, dass die deutsche Kapitulation 1945 „für die Polen zunächst keine Freiheit“ brachte. Der jahrzehntelangen, tendenziell pronazistischen Version vom „Zusammenbruch 1945“ folgt inzwischen die anti-kommunistische Version vom Ausbleiben der *Freiheit* in SBZ/DDR, Polen u.a. Ländern – bis 1989/90. Die opferreiche Beendigung eines europaweiten Okkupationsnetzes und massenmörderischen Herrschaftssystems im Mai 1945 wird zum nebensächlichen Geschehen, das für das Gesamturteil ziemlich belanglos erscheint.

Der Gastredner, Polens Präsident Komorowski, sagte in einem Satz: „Wir gedenken des 1. September und vergessen dabei nie den 17. September, als sowjetische Streitkräfte, die Verbündete Hitlerdeutschlands waren, nach Polen einmarschierten.“⁵⁰

Tatsächlich hätte es jedoch ohne den faschistischen Überfall auf Polen und seine Niederwerfung keinen sowjetischen Einmarsch in die ostpolnischen, ehemals zu Russland gehörenden, weißrussischen und ukrainischen, Gebiete gegeben. Schließlich: Die Rote Armee war kein „Verbündeter Hitlerdeutschlands“, so wenig die polnischen Streitkräfte Verbündete der Wehrmacht waren, als sich Polen bei der Zerschlagung der ČSR das Gebiet Teschen nahm. Komorowski erwähnte weder den polnisch-deutschen Nichtangriffspakt von 1934 (bis März 1939) noch die destruktive Rolle Polens gegenüber der bedrohten ČSR sowie gegen einen Pakt mit Frankreich und England unter Einschluss der UdSSR. Er übergang ebenfalls den späteren kriegsentscheidenden Beitrag der UdSSR.

In der Stellungnahme von Klaus Jochen Arnold, Konrad-Adenauer-Stiftung, zur öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Bundestages am 18. Mai 2015 über einen Anerkennungsbetrag für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene als Opfergruppe liest sich die Relativierung zugunsten des faschistischen Aggressors so: „Der deutsch-sowjetische Krieg 1941-1945 war ein Vernichtungskrieg zweier Weltanschauungen, bei dem Rücksicht nicht genommen wurde. Stalin opferte – anders als die Westmächte – im Krieg Millionen, um den Sieg zu erringen. Ebenso Hitler. Diesen Charakter des Krieges verdeutlicht auch die Tatsache, dass deutsche Gefangene in sowjetischer Hand in den Jahren 1941/42 eine sehr viel geringere Überlebenschance hatten als Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft.“ Es folgen weitere Anschuldigungen gegen die UdSSR, darunter, „dass auch später in Gefangenschaft geratene Rotarmisten an Überfällen auf andere Länder beteiligt waren, etwa am 17. September 1939 auf Polen und im Sommer 1940 auf die baltischen Staaten“.⁵¹

Woran waren hochgeehrte Widerständler des 20. Juli 1944 vorher „beteiligt“? Und was ergibt sich daraus für das Urteil über sie?

Unzweifelhaft gibt es schwerwiegende Gründe, Stalin sowie innere und äußere Momente der sowjetischen Politik zwischen August 1939 und Juni 1941 zu kritisieren. Das gilt insbesondere für die Ermordung Tausender polnischer Offiziere und weiterer Angehörige der polnischen Elite im März 1940, den Anschluss der baltischen Länder 1940 und die folgenden Deportationen, die Repressalien gegen aus Polen, Deutschland, Österreich und anderen Ländern stammende Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten (bis zu Lagerhaft, Ermordung oder Auslieferung an die Gestapo), prinzipienlose politisch-ideologische Begleiterscheinungen bis Juni 1941, den Umgang mit zurückkehrenden ehemaligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie die Fortdauer des Lagersystems und anderer Repressionen in den Nachkriegsjahren.

Eine frühe Auseinandersetzung um die Mordopfer von Katyn u.a. Orten sowie den Umgang der polnischen Exilregierung in London damit fand in Botschaften zwischen Stalin und Churchill im April und Mai 1943 statt. Stalin empörte sich am 21. April über das Verhalten polnischer Politiker in London in der antisowjetischen „Verleumdungskampagne, die von den deutschen Faschisten im Zusammenhang mit den von ihnen im Raum von Smolensk, auf einem von deutschen Truppen besetzten Territorium, ermordeten polnischen Offizieren eingeleitet wurde“. Sie haben „die schändliche faschistische Verleumdung der UdSSR“ weder zurückgewiesen“ noch sich zur Aufklärung an die Sowjetregierung gewandt.“ Indem Stalin die „hitlerfaschistischen Machthaber“ bezichtigte, dass sie „an den polnischen Offizieren ein scheußliches Verbrechen begangen haben“, bezeichnete er zutreffend, was er mit Zustimmung der Politbüromitglieder drei Jahre zuvor veranlasst hatte.⁵²

Die Kritik richtet sich im vorliegenden Kontext dagegen, die internationale Rolle der Sowjetunion in jenen Jahren absichtlich und prinzipiell zu verfälschen: Der in einer außergewöhnlichen und für sie bedrohlichen Konstellation zustande gekommene Pakt wird aus der mehrjährigen sowjetischen Außen- und Sicherheitsstrategie sowie deren erwiesenen außenpolitischen Bemühungen herausgelöst und isoliert bewertet. Die UdSSR soll mit dem deutschen Verbrecherstaat und Aggressor mehr oder weniger gleichgesetzt sowie ihr damit ein erheblicher oder gar gleicher Schuldanteil am Ausbruch des Krieges zugesprochen werden. Tatsächlich waren Großbritannien und Frankreich Anfang September 1939 formell ihrer Beistandspflicht gegenüber Polen mit der Erklärung des Kriegszustandes gegenüber Nazideutschland nachgekommen. Sie sahen gegenüber der Sowjetunion angesichts ihrer grundsätzlich anderen Rolle keinen Anlass zu einem solchen Schritt. Beide Länder und ihre Verbündeten – darunter die UdSSR ab Juni 1941 – setzten diesen Krieg selbst nach der Niederlage Polens bis zu dessen Befreiung 1944/45 fort.

Das *Münchener Abkommen* wird in der herrschenden Geschichtsschreibung zwar ebenfalls kritisch, jedoch im Vergleich zum Pakt vom 23. August 1939 verhältnismäßig verhalten beschrieben. Dabei weist der Vergleich der Bedingungen, der Mo-

tive, des Zustandekommens und der Auswirkungen beider Verträge eher im Fall *München* die spezifische Schwere der völkerrechtswidrigen Anmaßung, des strategischen Versagens und der verhängnisvollen Auswirkungen der Fehlentscheidung aus. Alle Momente traten auch für zunächst getäuschte oder in Illusionen befangene Zeitgenossen bereits im März 1939 in ihrer ganzen Schärfe und Tragweite offen hervor.

Es bleibt festzustellen, dass bundesdeutsche und europäische geschichtsideologische Anstrengungen, den Vertrag vom 23. August 1939 vorrangig antisowjetisch auszulegen sowie ihn in diesem Sinne für eine rechtsgerichtete, kontinentale – auch anti-russische – Gedenkpolitik zu stilisieren und zu instrumentalisieren, auf groben Entstellungen der tatsächlichen Vorgänge seit 1933, insbesondere von 1938/39, in Europa beruhen. Das gilt sowohl für die Politik der UdSSR, als auch dafür, dass die Rolle Großbritanniens, Frankreichs und Polens bei der Hinnahme der nazistischen Einverleibung Österreichs, der Preisgabe der Tschechoslowakei und beim Scheitern eines gegen Hitlerdeutschland gerichteten politisch-militärischen Bündnisses unter Einbeziehung der Sowjetunion vorsätzlich lückenhaft und einseitig dargestellt sowie ungenügend in ihrer verhängnisvollen Tragweite benannt wird.

Erst unter M. Gorbatschow erfolgte eine partei- und staatsoffizielle Offenlegung der Umstände und Motive beim Zustandekommen des Nichtangriffspakts einschließlich des bis dahin verleugneten geheimen Zusatzabkommens. Als Vorsitzender der im Juni 1989 eingesetzten „Kommission zur politischen und rechtlichen Bewertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1939“ referierte Alexander Jakowlew vor dem II. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR am 23. Dezember 1989. Einleitend gab er einen kritischen Abriss des Umgangs mit diesem Thema in der Sowjetunion und bemerkte, es sei „unmöglich, eindimensionale Antworten zu finden“. Das Zustandekommen des *Zusatzabkommens*, sein Inhalt sowie die Geheimhaltung und die späteren Lügen wurden verurteilt. Im Ergebnis verschiedener Meinungen zum Nichtangriffspakt schlussfolgerte die Kommission: „Der Vertrag an sich ging vom juristischen Standpunkte aus nicht über den Rahmen der zu jener Zeit üblichen Abkommen hinaus und verletzte nicht die innere Gesetzgebung und die internationalen Verpflichtungen der UdSSR. Juristisch büßte er seine Kraft am 22. Juni 1941 ein. Alle sowjetisch-deutschen Abkommen, die zu jenem Zeitpunkt existierten, wurden mit der ersten Geschützsalve im Morgengrauen des 22. Juni 1941 durchstrichen.“⁵³

Der Kongress erklärte sich in einem Beschluss „mit der Ansicht der Kommission einverstanden, dass der Nichtangriffsvertrag mit Deutschland in einer kritischen internationalen Lage unter den Bedingungen der anwachsenden Gefahr einer Aggression des Faschismus in Europa wie auch des japanischen Militarismus in Asien geschlossen wurde und unter anderem darauf abzielte, die Gefahr des nahenden Krieges von der UdSSR abzuwenden.“⁵⁴ Der Vertrag sei nicht von den üblichen Völkerrechtsnormen und der Vertragspraxis der Staaten abgewichen. Das geheime Zusatzabkommen sowie weitere Geheimprotokolle stellen dagegen „sowohl von der Me-

thode ihrer Anfertigung als auch vom Inhalt her eine Abkehr von den Leninschen Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik“ dar: „Der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR verurteilt die Tatsache der Unterzeichnung des ‚Geheimen Zusatzprotokolls‘ vom 23. August 1939 und anderer geheimer Abmachungen mit Deutschland. Der Kongress erkennt die Geheimprotokolle für null und nichtig vom Augenblick ihrer Unterzeichnung an.“⁵⁵

Fazit

Das historiographisch, geschichtspolitisch und moralisch treffende Datum eines europäischen Gedenktages zum Zweiten Weltkrieg kann neben dem 27. Januar und dem 8. Mai 1945 nur der 1. September 1939 sein: Es benennt sowohl den tatsächlichen Aggressor, den Erzfeind des Friedens und des Völkerrechts und der elementarsten Menschenrechte, als auch den genauen Zeitpunkt des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Es gab neben Nazideutschland kein zweites Land in Europa, das in den dreißiger Jahren vergleichbar auf militärische Vorherrschaft und den europäischen Krieg, auf Eroberung, Unterwerfung und Vernichtung anderer Völker orientiert war und dafür alle seine Kräfte mobilisierte. Andererseits findet sich unter den größeren europäischen Mächten keine, die sich bis August 1939 zielstrebig um ein politisch-militärisches Bündnis Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR einschließlich Beistandsgarantien für weitere Länder, bemüht hatte als die Sowjetunion. Die Erörterungen, ob eine solche rechtzeitige politisch-militärische Koalition den Zweiten Weltkrieg überhaupt hätte verhindern oder in seinen tragischen Ausmaßen hätte eindämmen können, wird mangels abschließender Antworten weitergehen. Fest scheint zu stehen, dass es allerdings die einzige Chance gewesen wäre, der Menschheit damals einen Ausweg zu einem geringeren Preis als auf dem tatsächlich begangenen Weg zu eröffnen.

Anhang:

Zeit- und Kronzeugen zum Münchner Abkommen vom 29. September 1938 und zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939

Churchill, Winston S. (1874-1965). Berufsoffizier, Journalist, Politiker (Conservative Party), Historiker, Literatur-Nobelpreis 1953 und Hobby-Kunstmaler, Premierminister Großbritanniens (10. Mai 1940 - Ende Juli 1945; 1951-1955)

Coulondre, Robert (1885-1959). Diplomat, Botschafter Frankreichs in Moskau 1936-1938 sowie in Berlin 1938/39

Dahlem, Franz (1892-1981). Exportkaufmann, Journalist, Politiker, 1917 USPD, 1921 KPD, 1928-33 MdR, 1937-39 Internationale Brigaden in Spanien, 1938-39 Leiter d. KPD-Sekretariats in Paris, interniert, 1942 Auslieferung an Gestapo, 1943-45 KZ Mauthausen, danach KPD und SED, leitende Funktionen in SBZ/DDR

Dodd, William E. (1869-1940). Studium und Promotion (1900) in Leipzig, Historiker, Botschafter der USA in Berlin von Juli 1933 bis Ende 1937

Dodd, Martha (1908-1990 Prag). Journalistin und Schriftstellerin, Tochter von W. E. Dodd, in McCarthy-Phase 1947 der Spionage verdächtigt; Emigration 1953 mit ihrem Mann Alfred Stern zunächst nach Mexiko, dann nach Prag

Maiski, Iwan Michailowitsch (1884-1975). Diplomat, Politiker, Historiker, 1903 SDAPR, Exil 1908-1917 Schweiz, Deutschland, Großbritannien; Botschafter der UdSSR in London 1932-1943; stellvertr. Außenminister 1943-1946 (besd. Reparationsfragen), Teilnahme an Konferenzen in Jalta und Potsdam; später AdW d. UdSSR

Nicolson, Harold (1886 Teheran-1968). Diplomat, Journalist, Buchautor und Politiker, 1919 Mitglied der britischen Friedensdelegation in Versailles; 1927-1929 Botschaftsrat in Berlin; Mitglied des Unterhauses (National Labour Party) ab 1935; Mai 1940-Juli 1941 parlamentarischer Staatssekretär im Informationsministerium der Regierung Churchill; verheiratet mit der Dichterin und Schriftstellerin Victoria Sackville-West

Pritt, Denis Nowell (1887-1972). Jurist und Politiker, Mitglied des Unterhauses 1935-50 (Labour Party, ab 1940 parteilos); 1933 Vorsitzender des Internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes in London, Autor zahlreicher Schriften

Das Abkommen von München 1938. Zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Václav Král, Praha 1968 (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften); 318 Dokumente von November 1937 bis März 1939, überwiegend von Botschaftern der ČSR in Berlin, Paris, London und Moskau sowie Außenminister Kamil Krofta, Prag.

Anmerkungen

- ¹ Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2005, S. 32
- ² Harold Nicolson: Tagebücher und Briefe. Erster Band 1930-1941, Frankfurt am Main 1969, S. 272
- ³ Ebenda, S. 274
- ⁴ Diplomat auf heißem Boden. Tagebuch des USA-Botschafters William E. Dodd in Berlin 1933-1938 (1941), Berlin o. J., S. 463
- ⁵ Ebenda, S. 495
- ⁶ Martha Dodd: Nice to meet you, Mr. Hitler! Meine Jahre in Deutschland 1933 bis 1937 (1939), Frankfurt am Main 2005, S. 364-366
- ⁷ Robert Coulondre: Von Moskau nach Berlin 1936-1939. Erinnerungen des französischen Botschafters, Bonn 1950, S. 193. Mehr als ein Drittel der Schrift widmete der Autor Erfahrungen und kritischen Betrachtungen zu Gesellschaft sowie politischem und Rechtssystem sowie dem Staatssicherheitsdienst der Sowjetunion.
- ⁸ H. Nicolson, a.a.O., S. 286 „Besänftigen wir das deutsche Krokodil mit Fischen aus anderen Teichen, wird es so fett werden, dass es auch Fische aus unserem Teich verlangt. Und dann werden wir nicht mehr stark genug sein, ihm Widerstand zu leisten.“ (Ebenda)
- ⁹ R. Coulondre, a.a.O., S. 194f.
- ¹⁰ Ebenda, S. 201. „Ich habe mich oft gefragt, wieso die Bedeutung Russlands von der großen Mehrheit der Franzosen im Jahre 1938 nicht in ihrem vollen Wert erkannt worden ist. Tatsächlich haben wir fast alle Russland unterschätzt“. (S. 213)
- ¹¹ Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische Dokumente 1937-1939. Zusammengestellt, mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Václav Král, Praha 1968, S. 185f. (Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften). Der großformatige Sammelband enthält nach einer Einleitung (S. 7-41) 318 Dokumente vom 3. November 1937 bis 14. März 1939 (S. 42-355)
- ¹² Ebenda, S. 143
- ¹³ H. Nicolson, a.a.O., S. 295f.
- ¹⁴ Das Abkommen von München ..., a.a.O., S. 215
- ¹⁵ Ebenda, S. 222
- ¹⁶ Ebenda, S. 271f.
- ¹⁷ W. S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. Mit einem Epilog über die Nachkriegsjahre, Bern – München – Wien (1948), Sonderausgabe 1995, S. 156f. Für sein Werk über den Zweiten Weltkrieg erhielt Churchill den Literatur-Nobelpreis 1953.
- ¹⁸ Michael Köhlmeier: Zwei Herren am Strand. Roman, München 2014, S. 202
- ¹⁹ 20. März 1938: Tagebucheintragung von Dr. Josef Busley, in: Adenauer im Dritten Reich. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1991, S. 325

- ²⁰ 9. November 1938: Tagebucheintragung von Dr. Josef Busley. Ebenda, S. 340
- ²¹ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Darmstadt o.J., S. 189
- ²² Walter Becher: ZEITZEUGE. Ein Lebensbericht, München 1990, S. 91ff.
- ²³ R. Coulondre, a.a.O., S. 224
- ²⁴ Karl Heinz Gräfe: So werden Kriege gemacht. Schicksalsjahr 1939 – Weg in den Zweiten Weltkrieg, Berlin 2014, S. 36 (Pankower Vorträge, Heft 190, hrsg. von Helle Panke e. V. – RLS Berlin)
- ²⁵ H. Nicolson, a. a. O., S. 261
- ²⁶ Ebenda, S. 324f.
- ²⁷ W. S. Churchill, a.a.O., S. 176f.
- ²⁸ H. Nicolson, a.a.O., S. 334
- ²⁹ Ebenda, S. 335
- ³⁰ W. S. Churchill, a.a.O., S. 178
- ³¹ Ebenda, S. 187
- ³² Karl Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010, besd. Kap. 3: Die baltischen Länder im sowjetischen Einflussbereich (1939-1941), S. 82-128
- ³³ Eric Hobsbawm, a.a.O., S. 194f. Vgl. dazu auch: Christoph Koch (Hrsg.): Gab es einen Stalin-Hitler-Pakt? Charakter, Bedeutung und Deutung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939, Frankfurt am Main, Berlin, Bern u.a. 2015; Tagungsbericht von M. Wörsching unter: <http://faschismustheorie.de>
- ³⁴ Joe H. Kirchberger (Hrsg.): Zeugen ihrer Zeit. 4000 Zitate aus der abendländischen Geschichte, München-Zürich 1983, S. 794
- ³⁵ Ebenda
- ³⁶ Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Köln 1990, S. 91
- ³⁷ Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges 1938 bis August 1939. Erinnerungen Bd. 1 und 2, Berlin 1977
- ³⁸ D. N. Pritt: Memoiren eines britischen Kronanwalts, Berlin 1970, S. 102
- ³⁹ W. S. Churchill, a.a.O., S. 366
- ⁴⁰ Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945, (Moskau 1957, russ. und engl.) Berlin 1961, S. 14f. (Kommission für die Herausgabe diplomatischer Dokumente beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, Vorsitzender der Kommission, u.a.)
- ⁴¹ Ebenda, S. 16
- ⁴² W. S. Churchill, a.a.O., S. 686
- ⁴³ Ebenda, S. 687
- ⁴⁴ Damit wir nicht vergessen. Erinnerung an den Totalitarismus in Europa. Ein Lesebuch

- für Schüler höherer Klassen überall in Europa. Ediert von Gillian Purves, Prag 2013, S. 10
- ⁴⁵ Stéphane Courtois, Nicolas Werth u.a. : Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München – Zürich 1998, S. 17
- ⁴⁶ Timothy Snyder: Als Stalin Hitlers Verbündeter war, in: faz.net, 14.12.2014
- ⁴⁷ Timothy Snyder: Russlands neokoloniales Projekt, in: faz.net, 16.3.2015
- ⁴⁸ Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-1990. Bonn 2005, S. 68
- ⁴⁹ Zit. nach: Das Parlament, Nr. 38-39, 15. September 2014. Dokumentation, S. 1
- ⁵⁰ Ebenda, S. 2
- ⁵¹ Deutscher Bundestag. Haushaltsausschuss, Ausschussdrucksache 1970/18. Wahlperiode, S. 2
- ⁵² Briefwechsel Stalins, a. a. O., S. 150f. Vgl. dazu: Claudia Weber: Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyn, Hamburger Edition 2015
- ⁵³ Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin 1990, S. 297
- ⁵⁴ Ebenda, S. 302
- ⁵⁵ Ebenda, S. 303f.

Mit Genehmigung des Autors herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., K.-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena (www.th.rosalux.de). V.i.S.d.P.: Vera Haney. Ergänzte und bearbeitete Zusammenfassung aus Referaten anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015 und zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939.